

Pestizide sind kein Allheilmittel

BUND und VfEW kritisieren Forderungen der FDP-Fraktion als Irrweg

*Anlässlich der Vorstellung eines neuen Positionspapiers zum Pestizideinsatz der FDP-Landtagsfraktion am 17.7. in Stuttgart kommentiert **Sylvia Pilarsky-Grosch**, Landesvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Baden-Württemberg:*

„Fast auf den Tag genau fünf Jahre nachdem es im Landtag beschlossen wurde, fordert die FDP-Fraktion das baden-württembergische Biodiversitätsstärkungsgesetz an entscheidenden Punkten auszuhebeln. Dessen Ziele zur Reduktion von Pestiziden sind lange nicht erreicht und wichtig für den Erhalt der Artenvielfalt und unserer Lebensgrundlagen. Das FDP-Papier verkennt nicht nur die wissenschaftlich belegte Dringlichkeit, das Artensterben aufzuhalten und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, sondern negiert sogar die bestens belegten negativen Auswirkungen von Pestiziden auf Mensch und Natur. Integrierten Pflanzenschutz (IPM) auf den Einsatz chemisch-synthetischer Mittel zu beschränken ist zu kurzfristig: er kann nur funktionieren, wenn präventive und agrarökologische Maßnahmen wie breite Fruchtfolgen oder resistente Sorten im Fokus stehen. Das würde die Transformation der Landwirtschaft vorantreiben, sie zukunftssicher machen und deutschen Landwirt*innen langfristig Wettbewerbsvorteile statt Nachteile schaffen.“

Torsten Höck, Geschäftsführer des Verbands für Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (VfEW) Baden-Württemberg ergänzt:

“Pflanzenschutzmittel gelangen ins Grundwasser, das die natürliche Grundlage für unser Trinkwasser in Baden-Württemberg ist. Um dieses zu schützen, muss es unser höchstes Anliegen sein, den Einsatz von Pestiziden im Sinne des Vorsorgeprinzips deutlich zu reduzieren. Denn darum geht es im Kern: Das essenzielle Lebensmittel Trinkwasser in hervorragender und sicherer Qualität bereitzustellen ohne einen gigantischen Kostenblock der Aufbereitung, bei der Stoffe beseitigt werden müssen, die im Trinkwasser nichts verloren haben. Dazu zählen Nitrate, Mikroplastik, Arzneimittelrückstände und ganz klar auch Pestizide. So lange bei uns im Land die strengen Grenzwerte für bestimmte Pestizide überschritten werden, ist eine Lockerung des Einsatzes in der Landwirtschaft kontraproduktiv.“

Hintergrund: Am 18. Juli 2020 hat der baden-württembergische Landtag das Biodiversitätsstärkungsgesetz (BioDivStG) beschlossen. Es ist ein Kompromiss aus den Forderungen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ im Jahr 2019, zu dessen Trägerkreis auch der BUND Baden-Württemberg zählte, mit Politik und Landwirtschaft. Laut BioDivStG soll der Einsatz von Pestiziden im Land bis 2030 um 40 bis 50 Prozent reduziert werden. Zwar sind die ausgebrachten Pestizidmengen seitdem leicht gesunken, allerdings langsamer als es zum Erreichen der Zielvorgabe nötig wäre. Dabei hat verringerter Einsatz von Pestiziden, wie etwa wegen der hohen Preise im Jahr 2023, keinen negativen Einfluss auf die erzielten Erntemengen, wie eine [Analyse von BUND](#) und weiteren Verbänden zeigt. Die Erträge pro Hektar lagen in den Hauptkulturen durchgehend über denen des Jahres 2022.

Mehr Informationen:

Hrsg.: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V., Martin Bachhofer (v.i.S.d.P.), Marienstr. 28, 70178 Stuttgart.

- Alle [Pressemitteilungen des BUND Baden-Württemberg](#)
- [Pressemitteilungen abonnieren](#)
- Abmeldung aus dem Verteiler formlos per E-Mail an presse.bawue@bund.net

Informationen zur Datenverarbeitung nach DSGVO finden Sie unter www.bund-bawue.de/datenschutz.

Gemeinsamer Kommentar

BUND und VfEW Baden-Württemberg

17/07/2025



- Themenseite Landwirtschaft beim BUND Baden-Württemberg
- [Analyse zu Pestizideinsatz und Erntemengen](#)
- [BUND-Publikation Alternativen zu chemisch-synthetischen Pestiziden in der Landwirtschaft](#)
- [Themenseite Wasser beim VfEW](#)

Kontakt für Rückfragen:

- Sylvia Pilarsky-Grosch, Landesvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, Sylvia.Pilarsky-Grosch@bund-bawue.de, 0172 / 83 44 294
- Ramona Fritz, Referentin für Presse- & Öffentlichkeitsarbeit des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, Ramona.Fritz@bund-bawue.de, 0711 62 03 06-17
- Mandy Saur, Referentin für Kommunikation, Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. – VfEW, saur@vfew-bw.de, 0711 933 491 29

Doppelsendungen bitte wir zu entschuldigen.

Hrsg.: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V., Martin Bachhofer (v.i.S.d.P.), Marienstr. 28, 70178 Stuttgart.

- Alle [Pressemitteilungen des BUND Baden-Württemberg](#)
- [Pressemitteilungen abonnieren](#)
- Abmeldung aus dem Verteiler formlos per E-Mail an presse.bawue@bund.net

Informationen zur Datenverarbeitung nach DSGVO finden Sie unter www.bund-bawue.de/datenschutz.